

---

Friedrich Merz

## Reformbedarf für die deutsche Gesellschaft

---



*Friedrich Merz, geb. 1955 in Brilon/Sauerland, Studium der Rechts- und Staatswissenschaften in Bonn, ist seit 1994 Mitglied im Deutschen Bundestag, von 1998 bis 2000 stellv. Vorsitzender und seit Februar 2000 Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.*

---

Und er bewegt sich doch – der alte Tanker DGB. Jahrelang hatte man den Eindruck, dass die Gewerkschaften weiterhin die alten ritualisierten Kämpfe der Industriegesellschaft wiederholen.

Dabei haben sich gerade im letzten Jahrzehnt Arbeitswelt, Gesellschaft und Politik deutlich verändert. Die Freiheitsrevolution in der DDR hat die deutsche Einheit herbeigeführt. Europa wächst zusammen, die Europäische Union bildet nicht nur den „Heimatmarkt“ für bundesdeutsche Betriebe, sondern schließt sich immer mehr zu einer supranationalen politischen Einheit zusammen. Individualisierung und Wertewandel verändern Gesellschaft und Arbeitswelt - bis hin in die Motivationsstrukturen der Mitarbeiter in Unternehmen. Die demografische Entwicklung erfordert eine neue, auch intergenerative Balance in den sozialen Sicherungssystemen und Strukturen der Arbeitswelt. Die Globalisierung führt zu weltweitem Wettbewerb und kommunikativen Austausch. Der durch eine neue technologische Revolution - von der Nanotechnologie bis zur Digitalisierung - ausgelöste Schub verändert radikal Produktionsstrukturen, Vertriebswege und Warenangebote im Hinblick auf eine entstehende Wissensgesellschaft.

Der schnelle Wandel in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft hat gravierende Auswirkungen auf gewerkschaftliche Arbeit, Tarifverhandlungen, betriebliche Prozesse - und nicht zuletzt auch auf die verbandliche Organisation der Gewerkschaften, jedenfalls dann, wenn man den Mitgliederschwund nicht als naturgegeben hinnehmen will.

Es ist deswegen zu begrüßen, dass bei den im DGB zusammengeschlossenen Gewerkschaften inzwischen stärker als früher ein Nachdenken über die Entwicklung der Gesellschaft des 21. Jahrhunderts eingesetzt hat. Nicht zuletzt die gesellschaftlich breit angelegte „Zukunftsdebatte“ der IG Metall zeigt, dass zumindest in Teilen der Gewerkschaften Veränderungsbereitschaft besteht. Diese ist auch deshalb notwendig, weil Gewerkschaften, die nicht mit der Zeit gehen, sondern langsam zu „Dinosauriern der alten Industriegesellschaft“ werden, der Gesellschaft in Theorie und Praxis die notwendige Dynamik verweigern und sie

zudem mit Kosten für Auseinandersetzungen belasten, die an anderer Stelle produktiver hätten eingesetzt werden können.

Immer mehr setzt sich die Einsicht durch, dass dringender Reformbedarf für die bundesdeutsche Gesellschaft im Übergang von der Industrie- zur Wissensgesellschaft des 21. Jahrhunderts besteht.

Vornehmlich hat unsere Gesellschaft es aktuell mit zwei Problemkreisen zu tun: Der erste bezieht sich auf den mentalen und strukturellen Immobilismus der bundesdeutschen Gesellschaft. Wie Umfragen konstant zeigen, bejaht die Mehrheit der Bevölkerung zwar Reformen, will von deren Folgen aber selbst nicht betroffen sein. Wenn angesichts der gegenwärtigen und zukünftigen Probleme diese Haltung nicht überwunden wird, werden adäquate Problemlösungen nur zu einem immer höheren Preis zu haben sein. Deshalb ist die ungeschminkte Darstellung der sozialen und wirtschaftlichen Zustände zum Gebot der Stunde geworden. Es ist auch Aufgabe der Gewerkschaften, sich der Wirklichkeit zu stellen und mehr als bisher zukunftsorientierte Reformen anzustoßen.

Der zweite Problemkreis bezieht sich auf die Frage, welche Erneuerungen mit welchen Mitteln notwendig sind. Hier handelt es sich sowohl um das Reform-Leitbild - Was trauen wir einer aktiven Bürgergesellschaft zu? - als auch um die notwendigen Veränderungen in verschiedenen Politikfeldern - von der Sozial- über die Steuer- hin zur Bildungspolitik, vom Bündnis für Arbeit bis hin zur Frage der Gestaltung betrieblicher Bündnisse. Auch hier sind die Gewerkschaften aufgefordert neu nachzudenken und Reformvorschläge zu entwickeln, die dem Wandel von Wirtschaft und Gesellschaft tatsächlich Rechnung tragen. Es geht um Beiträge beispielsweise zur Sozialstaatsreform oder zur Wirtschaftspolitik, mit der die Gewerkschaften „in die Mitte der Gesellschaft vorstoßen“ (Zwickel).

Der DGB hat in diesem Zusammenhang sechs Forderungen an die nächste Bundesregierung gestellt. Viele der Forderungen sind inzwischen Allgemeingut geworden. Wer wollte bestreiten, dass es - nach PISA - um ein verbessertes Bildungssystem mit Chancen für alle gehen muss, dass Familie und Beruf stärker zu vereinbaren sind, der Arbeitsmarkt nicht zuletzt durch eine auf Wachstum setzende Wirtschaftspolitik in Schwung gebracht werden muss, dass die Staatsverschuldung zurückzuführen ist und das Gesundheitssystem reformiert werden muss!

Über die konkrete Ausgestaltung muss dabei, wie immer in einer Demokratie, parlamentarisch und öffentlich gestritten werden. Entscheidend ist, nach welchem Leitbild die Reformen durchgeführt werden sollen. Dabei fällt auf, dass sich die Gewerkschaften entgegen manchen Äußerungen letztlich doch nicht aus dem sozialdemokratischen Korsett gelöst haben, wenn sie die bei allen Fehlern im einzelnen insgesamt für Deutschland erfolgreiche Regierungszeit Helmut Kohls als „Ära sozialer Kälte und wirtschaftlicher Agonie“ abwerten im Gegensatz zu einer „neuen Politik für Arbeit und soziale Gerechtigkeit“ der jetzigen Koalition. In gleichem Atemzug wird eine „Ellenbogengesellschaft“ gegen eine „solidarische Gesellschaft“ in Stellung gebracht. Es ist dieses Denken in Freund-Feind-Kategorien, das irritiert, weil es mit der Wirklichkeit von heute so wenig zu tun hat.

Die alten Kampfmuster und tradierten Rechts-Links-Vorstellungen werden zunehmend obsolet. Der „korporatistische Verbändestaat“, der sich in den vergangenen Jahrzehnten als Antwort auf die sozialen Fragen der Industriegesellschaft herausgebildet hatte, und der eine Zeit lang durchaus erfolgreich war, steht nicht eben selten der Lösung anstehender gesellschaftlicher Probleme und der Neuordnung der Zukunftsgesellschaft im Wege.

Es geht deswegen darum, mehr Freiräume für eigenständige Entscheidungen und kreative Lösungen zu schaffen. Wer dieses als Zeichen einer „neoliberalen Ellenbogengesellschaft“

ansieht, verwehrt den Menschen die erwarteten und erwünschten Freiheitsräume für eigene Teilhabe, Verantwortungsübernahme und Gestaltungsmöglichkeiten in der Gesellschaft wie im Wirtschaftsleben.

Es geht nicht um Abschaffung des Grundkonsenses der Bundesrepublik. Menschenrechte und Menschenwürde, Freiheit und Gerechtigkeit, Solidarität und sozialer Friede, Gesetzes- und Rechtsbindung bleiben die entscheidenden leitenden Prinzipien, nach denen unsere Rechts- und Sozialordnung immer wieder neu zu gestalten ist. Die Soziale Marktwirtschaft bleibt Grundlage unseres sozialen und wirtschaftlichen Zusammenhalts - ihre Revitalisierung schafft gerade den ökonomischen Spielraum für Reformen. Es geht auch nicht um die Aufkündigung des sozialen Grundkonsenses - keiner will in Deutschland „amerikanische Verhältnisse“ des „hire and fire“. Vielmehr müssen die Bemühungen auf die Sicherung eines sozialen Grundkonsenses auch für die Zukunft gerichtet sein. Dabei geht es um strukturelle und finanzielle Reformen, die im Hinblick auf die eigene nationale Geschichte, sozialstaatliche Traditionen und politisch-kulturelle Legitimitätsvorstellungen der Bevölkerung unternommen werden, aber gleichwohl antizipierend den sich wandelnden Verhältnissen in Wirtschaft und Gesellschaft gerecht werden müssen. Dabei ist neues Denken gefragt statt der Pflege alter Gewohnheiten.

Dieses neue Denken muss nicht nur die Ist-Gesellschaft auf die wirklichen Probleme hin analysieren, sondern auch gemäß den Wünschen der Bürger die Weichen für ein neues Leitbild stellen: die aktive Bürgergesellschaft. Das wiederum setzt ein verändertes, modernes Verhältnis zwischen Bürgern, intermediären Organisationen, Wirtschaft und Staat voraus. Entscheidende Leitvorstellungen sind dabei: größere Selbstgestaltungsräume statt bürokratischer Vorschriften, freie Selbstverpflichtung vor staatlichem Zwang, Entfaltung der innovativen Kräfte der Gesellschaft über das Ehrenamt hinaus anstelle des alten Markt-Staat-Dualismus, Selbsthilfe vor staatlicher Hilfe, Vorrang für die kleinen Einheiten gegenüber Großorganisationen, Wahlmöglichkeit auf der Basis weiterbestehender Grundsolidarität statt ausschließlicher kollektiver Sicherung und Staatsalimentierung. Es geht um eine neue, der neuen Sozial- und Arbeitswelt adäquate Balance von Freiheit und Gerechtigkeit, von Fairness und Solidarität, von Wettbewerb und Kooperation. Wenn das gelingt, werden letztlich auch neuerliche Legitimitätsressourcen geschaffen, von denen nicht nur die parlamentarische Demokratie, sondern auch die Gewerkschaften sowie andere intermediäre Institutionen zehren.

Entscheidend wird dabei gemäß dem Prinzip der Subsidiarität die Stärkung der „kleinen Einheiten“ sein. Hier ist der Freiheitsraum für den Einzelnen größer, die Verantwortungsnähe stärker. Subsidiarität in diesem Sinn ist Solidarität im Kleinen. Das gilt für Betriebe wie für Schulen, für Verbände wie für den Staat. Statt weiterer Staatszentrierung brauchen wir ein neues Nachdenken darüber, wie der bundesdeutsche Föderalismus wieder effektiv gemacht werden kann: Welche Ebene - Bund, Länder, Gemeinden - soll welche Aufgaben übernehmen? Wie können wir die Kommunen stärken, einerseits gegenüber finanzieller Ausblutung, andererseits durch weniger einengende Vorschriften und mehr Freiräume zur Eigengestaltung? Das Netzwerk „Civitas“, das bürgerorientierte Kommunen vereint, hat bereits exemplarisch gezeigt, welche Reformkraft auf lokaler Ebene freigesetzt werden kann.

Eine stark pluralisierte und hochdifferenzierte Gesellschaft erlaubt immer weniger monistische Regelung und kollektive Lösungen, ohne dass diese gänzlich - wie beispielsweise beim Renten- oder Gesundheitssystem - aufgelöst werden dürfen. Staat, Wirtschaft und Gesellschaft müssen vielmehr der sozialen Vielfalt gerecht werden und deswegen auch Chancen für viele mittlere und kleinteilige Lösungen ermöglichen. Freiheit und Solidarität

sind unter diesem Aspekt individueller Lebensvollzüge und sozialer Vielfältigkeit neu auszutarieren. Das gilt für den Sozialstaat, das gilt für den föderalen Bundesstaat, das gilt auch für die Tarifauseinandersetzungen und betrieblichen Mitbestimmungs- und Teilhabestrukturen. Wahrnehmen und Denken in veralteten und veraltenden Kategorien führt nicht mehr weiter. Dazu gehört beispielsweise: Umverteilungskämpfe nach altem Muster; das Setzen auf die Attitüde obrigkeitstaatlicher und zentralistischer Regelungen; Verbandsverhalten, das über Klientelpolitik nicht hinaus kommt; überholte Klischees vom Klassenkampf zwischen Unternehmern und Beschäftigten in den Strickmustern der Industriegesellschaft - Klischees, die auch noch vereinfacht auf die Globalisierung übertragen werden. All das führt zu Blockaden anstatt zu Reformen. Dazu gehört auch ein „Bündnis für Arbeit“, bei dem ein möglicher Erfolg durch Festhalten an erstarrten Strukturen, Denkweisen und Prozeduren von vorneherein unmöglich gemacht wird.

Wäre es nicht sinnvoller, Bündnisse reformorientiert zu beginnen - wie es beispielsweise die Niederlande mit dem „Vertrag von Wassenaar“ bereits 1982 vorgemacht haben? Wäre es nicht zukunftsfruchtiger, auf betrieblicher Ebene die Teilhabe-, Mitbestimmungs- und Verhandlungsmöglichkeiten zu erweitern? Wäre es nicht von Vorteil für Arbeitgeber wie Arbeitnehmer, neue Verbindungen von „Eigennutz und Gemeinwohlorientierung“ zu suchen, wie zum Beispiel die Entwicklungen von Unternehmenskulturen im Sinne des „Corporate Citizenship“, von „sozialem Kapital“, von „ethischen Unternehmer-Netzwerken“?

Im Folgenden soll auf der Basis dieser Ordnungsprinzipien zu den sechs Kernforderungen des DGB Stellung genommen werden.

## **Bildung**

Bildung ist der Schlüssel für individuelle Entwicklung und für persönliche Lebens- und Arbeitschancen. Sie ist Motor des gesellschaftlichen Fortschritts. Deswegen ist der Abbau bestehender Bildungshürden in der Tat eine wichtige Aufgabe von Bund und Ländern. Die sich herauskristallisierende Wissensgesellschaft erfordert ein lebenslanges Lernen, für das in den kommenden Jahren vom Staat wie von Unternehmen, Gewerkschaften, Einrichtungen des tertiären Bildungssektors und anderen gesellschaftlichen Institutionen die entsprechende Infrastruktur aufgebaut werden muss.

Zur Bildung gehört aber auch über die Ausbildung für das Arbeitsleben hinaus die Förderung der ganzen Persönlichkeit. Politisches, gesellschaftliches, wirtschaftliches und kulturelles Wissen gehören zusammen.

Deutschland ist ein Hochlohnland. Unser Wohlstand hängt ab von der Spitzenqualität in Wissenschaft, Forschung, Lehre und anwendungsorientierter Entwicklung. Die Förderung von Begabung und Spitzenleistung ist deshalb unabdingbar. Leistungsorientierung - die nicht als „Ellenbogengesellschaft“ denunziert werden darf - ist stärker als bisher zu fördern. Für die unterschiedlichen Begabungen, erst recht für Leitungsschwächere, müssen genug Aus- und Weiterbildungsangebote bereit stehen.

## **Familie**

Politik wie Gesellschaft sind gleichermaßen aufgefordert, dem Wunsch vieler Frauen nach einer Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf nachzukommen. Gerade viele

junge qualifizierte Mütter möchten – häufig - halbtags arbeiten. Allerdings sollte auch hier das Prinzip der Wahlfreiheit und der Freiwilligkeit gelten. Ein allgemeiner Rechtsanspruch auf Teilzeit ist nicht nur Ausdruck falscher staatlicher Bevormundung, sondern führt auch letztlich zu mehr Bürokratie und nicht zu mehr Arbeitsplätzen, wie die Praxis zeigt. Grundprinzip muss sein, Mütter und Väter selbst über die Lebens- und Arbeitsform entscheiden zu lassen. Das gilt auch dann, wenn Familien hinsichtlich von Teilzeitarbeitsmöglichkeiten besonders unterstützt werden sollen.

Es geht auch nicht um die bessere Verteilung vorhandener Arbeitsplätze qua Kollektiv, die nur zu alten Grabenkämpfen führen würde, sondern um die Schaffung neuer, auch neuer Teilzeitplätze. Eltern wollen Wahlfreiheit zwischen Familien- und Erwerbsarbeit, sie suchen sinnvolle Kombinationen. Nicht der Staat allein muss hier für die notwendige Betreuungsinfrastruktur sorgen, sondern auch Betriebe sind hier gefordert. Viele Familien schließen sich zu Gemeinschaften nach dem Prinzip gegenseitiger Hilfe zusammen. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf darf angesichts der Pluralität familiärer Lebensformen nicht mit einer Einheitsregelung gefördert werden. Das staatliche Hilfsangebot muss vielmehr der Vielfalt der Familienwelt folgen, ebenso Unternehmen und die Gesellschaft.

Familienunterstützung muss zudem ein angemessenes Familiengeld umfassen - gerade auch im Hinblick auf die eine Million Kinder, die jetzt von Sozialhilfe leben. Ebenso brauchen Familien heute mehr als früher Beratung und Hilfe, um mit der Erziehung und den Herausforderungen des Familienalltags besser fertig zu werden.

### **Arbeitsmarkt**

Beim wirtschaftlichen Wachstum bildet Deutschland das Schlusslicht der Europäischen Union. Es ist richtig, dass wir wieder eine Wirtschaftspolitik benötigen, welche die Weichen klar auf Wachstum stellt. Das bedeutet, ordnungspolitisch größere Freiräume für die Wirtschaft, für die Entfaltung von Unternehmergeist und die Kreativität von Mitarbeitern zu schaffen. Deswegen gehört dazu zuerst die Schaffung der richtigen ökonomischen Rahmenbedingungen - der Rekord von 49 600 Gesamtinsolvenzen (2001) spricht eine deutliche Sprache. Vor allem der Klein- und Mittelstand, der in Deutschland, wie übrigens auch in anderen Ländern der Europäischen Union, die meisten Arbeitsplätze schafft, bedarf wirtschaftspolitisch der Besserstellung. Dazu gehört insbesondere die Gleichbehandlung mit den Kapitalgesellschaften. Hinzu treten muss eine Steuerpolitik, die nicht auf der einen Seite entlastet und auf der anderen Seite die Entlastung gleich wieder durch neue Steuern zunichte macht.

Allerdings reicht dieses noch nicht aus. Wir beklagen 4 Millionen Arbeitslose - die verdeckte Arbeitslosigkeit liegt noch höher - und eine Steigerung der Jugendarbeitslosigkeit um 15 Prozent im Jahresvergleich. Arbeitslosigkeit wird noch immer vor allem verwaltet, statt dass aktiv für Abhilfe gesorgt wird. Gegenüber dem vorherrschenden Trend allseitiger und umfassender bürokratischer Regelungen muss der Arbeitsmarkt entriegelt werden. Das wird nicht ohne stärkere Sanktionen einerseits, neue Gratifikationen zur Arbeitsaufnahme in den ersten Arbeitsmarkt andererseits gehen. Zu einem neu austarierten Anreizsystem gehört nicht nur die Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe, sondern gehören auch gezielte Qualifizierungs- und Weiterbildungsmaßnahmen. Die Verbreiterung eines Niedriglohnssektors kann auch denen zu einer Arbeitsstelle verhelfen, die sonst aus dem Prozess völlig ausgeschlossen wären. Wer deswegen Reformen im Arbeitsmarkt tabuisiert, erreicht gerade das nicht, was er vorgibt: die Erhaltung des sozialen Leistungsniveaus und die Schaf-

fung wie Vermittlung von Arbeitsplätzen. Es gibt einem alten soziologischen Gesetz zufolge nicht nur die ungeplanten Folgen geplanten Handelns, sondern auch die unsozialen Folgen sozialen Handelns. Ziel muss es sein, aus Arbeitslosen wieder Arbeitnehmer zu machen. Auch das ist ein Ausdruck von sozialer Gerechtigkeit.

Angesichts des Alterungsprozesses unserer Gesellschaft müssen wir vermehrt Sorge dafür tragen, dass ältere Arbeitnehmer nicht zum alten Eisen gehören. In keinem Land der Europäischen Union werden so viele Arbeitnehmer frühzeitig aus dem wirtschaftlichen Schaffensprozess ausgegrenzt wie in Deutschland. Weil dadurch wertvolle Erfahrungen fehlen, tut hier Umsteuerung not.

## **Staat**

Der DGB fordert nicht ganz ohne Widersprüche einerseits eine Erhöhung der Staatsausgaben für Infrastruktur, Bildung, Verkehr, Polizei etc. Andererseits soll gleichzeitig das Ziel der Haushaltskonsolidierung verfolgt werden. In der Tradition des Keynesianismus wird eine antizyklische Nachfrage propagiert. Gerade das aber würde eine abgestimmte Wirtschafts- und Fiskalpolitik mit einem auf die konkrete ökonomische Situation zugeschnittenen Mix staatlicher Nachfrage- und Angebotsorientierung unmöglich machen. Zudem ist zu bedenken, dass historisch gesehen angesichts der politischen Strukturen einer wettbewerblichen Demokratie eine keynesianistisch angelegte Wirtschaftspolitik immer nur zu mehr Schulden geführt hat. Deswegen gilt es, über den weiteren Abbau der Staatsschulden - auch durch wirtschaftliches Wachstum - Freiräume zur politischen Gestaltung zu erreichen. Notwendig ist aber auch eine Steuerpolitik, die dem Bürger wieder die stärkere Übernahme finanzieller Eigenverantwortung möglich macht. Hinzu kommen muss die Politik eines aktivierenden, ermunternden Staates, der das ehrenamtliche und freiwillige Engagement der Bürger in Wirtschaft und Gesellschaft anstößt und unterstützt.

In anderen Bereichen wiederum brauchen wir weniger Staat. Der Blick zurück zeigt: Die Aufhebung der zentralstaatlichen „Zwangswirtschaft“ zugunsten von Marktstrukturen, die Aufhebung der Zwangsbewirtschaftung beim Wohnungsbau und die Aufhebung des Zwangsmonopols beim Post- und Telekommunikationssektor haben, entgegen so mancher Vorhersage, den Bürgern jedes Mal eine günstigere Preis-Leistungs-Relation, eine breitere Versorgung und bessere technologische Innovationen gebracht. Jetzt und in der näheren Zukunft steht die Zurücknahme staatlicher Regulierungen beim Energiesektor und beim Arbeitsmarkt zugunsten stärkerer Wettbewerbs- und Anreizstrukturen auf der Agenda. So wie früher wird auch hier der Erfolg den jetzigen Kritikern die Richtigkeit dieses Weges aufweisen.

## **Gesundheitssystem**

Dem Grundsatz, dass Gesundheit und umfassende Versorgung ein hohes Gut seien, ist zuzustimmen. Gleiches gilt für die Forderung nach einer Modernisierung des Gesundheitswesens, das dem medizinischen Fortschritt verpflichtet bleibt, die medizinische Qualität verbessert, die Versorgung im Krankheitsfall für alle Versicherte garantiert und gleichzeitig die Wirtschaftlichkeit erhöht.

Notwendig sind dafür die Weiterentwicklung der Prävention, ein stärkeres Kostenbewusstsein, integriertes Wirtschaftlichkeitsdenken, größere Eigenverantwortung und mehr Transparenz. Deswegen ist es sinnvoll, wenn alle Versicherten eine „Patientenquittung“ erhalten und wissen, welche medizinische Leistung was kostet und ob richtig abgerechnet wurde. Zudem können Wettbewerbselemente im starren Vertragssystem zwischen Kassen und Leistungserbringern helfen, strukturelle Defizite unseres Gesundheitssystems zu mindern. Versicherte, Krankenkassen, Kassenärztliche Vereinigungen und medizinische Institutionen brauchen mehr Gestaltungsfreiheit. Höhere Qualität und stärkere Effizienz werden anders nicht zu erzielen sein.

### **Arbeitnehmerrechte**

Die Tarifautonomie ist ein hohes Gut und gehört mit zur Sozialen Marktwirtschaft. Es geht nicht um deren Abschaffung, sondern um deren Anpassung an geänderte wirtschaftliche Verhältnisse. Wenn sich die Arbeitswelt immer weiter differenziert und individualisiert, müssen die darauf bezogenen Verhandlungssysteme ebenfalls differenziert und auch auf den Ebenen der Betroffenen geführt werden können. Das gilt nicht nur für Branchenstrukturen, die sich mit neuen Technologien und neuen Produkten qualitativ wandeln und damit nicht mehr wie früher zu den herkömmlichen Strukturen der Gewerkschaften passen. Das gilt auch zeitlich, regional und nicht zuletzt im Verhältnis westlicher und östlicher Bundesländer. Es nützt auf die Dauer nichts, den gewandelten Verhältnissen die alten, nicht mehr geeigneten Formen überzustülpen. Moderne Tarifpolitik muss hochdifferenziert sein und auf die tatsächliche ökonomische Struktur von Unternehmen, Branchen und Regionen passen. Sonst werden sich mehr und mehr Beschäftigte von der gewerkschaftlichen Interessensvertretung abwenden, was nicht in deren Sinn sein kann.

Die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts verlangen neue Antworten. Die Soziale Marktwirtschaft als Leitidee einer freiheitlichen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung ist ein bewährter Kompass. Sie eröffnet einen breiten Handlungs- und Gestaltungsraum für neue Entwicklungen auf einem festen Fundament. Marktwirtschaft und sozialer Ausgleich, Leistung, Eigenverantwortung und Wohlstand gehören auch in einer Welt der Globalisierung, Individualisierung und Digitalisierung zusammen.

Das Gütesiegel „made in Germany“ muss wieder für Reformfähigkeit, Innovation, Kreativität und Qualität stehen. Um eine Nejustierung in Gesellschaft, Wirtschaft und Politik kommen wir nicht herum. Die Gewerkschaften sollten dabei Motor, nicht Bremsklotz sein. Sonst werden letztlich nicht nur sie als Verlierer dastehen, sondern wir alle. Auf den Gewerkschaften ruht deshalb eine große Verantwortung.